



<https://blz.li/3s7q>

NEUES GESETZ FÜR LANGZEITARBEITSLOSE: MIERSCH RUFT KOMMUNEN AUF, BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN ZU SCHAFFEN

Veröffentlicht am 09.11.2018 um 11:23 von Redaktion LeineBlitz

Mit dem Teilhabechancengesetz, das der Deutsche Bundestag gestern beschlossen hat, wird ein Kernprojekt der SPD erfolgreich umgesetzt: Langzeitarbeitslosen werden neue Perspektiven eröffnet und der Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen geebnet. "Wir schaffen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit individuellen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten. Dafür werden in den kommenden Jahren zusätzlich vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um die Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt zu verbessern", so der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch. "Es gilt jetzt, dieses Gesetz mit Leben zu füllen und es



erfolgreich vor Ort umzusetzen. Deshalb rufe ich die Kommunen in meinem Wahlkreis auf, innovative Konzepte, zum Beispiel im Bereich von Betreuungsangeboten oder in den Bauhöfen, zu entwickeln und sich dann entsprechend beim Jobcenter zu bewerben", so der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Die Mittel im Eingliederungstitel des Jobcenters Region Hannover werden bis zum Jahr 2022 um etwa 20 Millionen Euro erhöht. Miersch hatte sich bereits seit Jahren mit Perspektiven für Langzeitarbeitslose beschäftigt und im Jahr 2009 das Pilotprojekt "Stadt ohne Arbeitslosigkeit" in seinem Wahlkreis initiiert: Mit der sogenannten "Koordinierungsstelle" wurde damals ein Anlaufpunkt geschaffen, der die Akquise von Möglichkeiten der Beschäftigung für Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Bereich bündelte. Zuvor hatte eine Gruppe aus Vertretern von Gewerkschaften, Parteien und der Gemeinde Wennigsen über mehrere Monate an der Ausgestaltung des Projekts mitgewirkt.